

Hohenstein-Ernstthal

Amtsblatt



Anzeiger

Das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Hohenstein-Ernstthal mit Sättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Röseldorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Callenberg, Grumbach, Trichheim, Rühlschnappel, St. Egidien, Wilsenbrand, Gruma, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Müßdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 4,02 Mk., monatlich 1,34 Mk. Für die Rückgabe unerlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 2. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Fernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.
Postfach-Konto: Leipzig 23464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechspaltige Korpuszeile 25 Pfg., auswärts 35 Pfg., im Reklameteil 75 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßiger Nachschlag. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jedes Besondere aus. Bei zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 258

Freitag, 7 November 1919

69. Jahrg.

Die weitere Vernehmung.

Zu Beginn der Mittwoch-Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses verwies Graf Bernstorff auf die Tatsache, daß in Folge der Absperrung Deutschlands sehr große technische Schwierigkeiten bestanden, um unsere Anschauungen über die Lage vor das amerikanische Publikum zu bringen. Wilson wurde wiedergewählt unter der Parole, daß er das Land vom Kriege ferngehalten habe. Unter der Oberfläche war verbreitet worden, daß Wilson den Frieden wiederherstellen versuchen würde, womit sich die gesamte Presse, besonders die Heilspresse, einverstanden erklärte.

Abg. Singheimer: Staatssekretär Zimmermann hat hier erklärt, daß die Ansicht bestünde, daß die Wilsonsche Friedenspolitik unter englischem Einfluß stünde.

Graf Bernstorff führt hierzu aus: In Amerika herrsche, als wir mit unserer Mission her vortraten, durchaus die Ansicht, daß sie unter deutschem Einfluß geschehen sei. Während Englands ganze Politik darauf gerichtet war, Amerika in den Krieg hineinzuziehen, war mein Hauptziel, unter allen Umständen Amerika dem Kriege fernzuhalten.

Minister David fragt, aus welchen Gründen Zimmermann annehmen zu können geglaubt habe, daß die Friedenssaktion Wilsons von England angeregt worden sei, und weiter: Wußte Hindenburg, daß die Friedenssaktion Wilsons von der deutschen politischen Leitung ange regelt worden war?

Auf Bitten Konsul Möllers wurde von der Erörterung dieser Dinge in öffentlicher Verhandlung abgesehen, da sie Vorgänge in neutralen Ländern berühre und leicht unrichtige Schlüsse möglich seien.

Nach Wiederherstellung der Deffenlichkeit erklärte Graf Bernstorff auf die Frage von Prof. Dietrich Schäfer von den Treibereien, denen Prof. Münsterberg durch alle englischen Elemente in den Vereinigten Staaten ausgesetzt war, daß Münsterberg einem Schlaganfall erlag, nachdem er gesellschaftlich und politisch benachteiligt worden war.

Ueber die Gründe befragt, warum Graf Bernstorff nach seiner Rückkehr aus Amerika vom Kaiser nicht empfangen wurde, erklärte Bethmann-Hollweg u. a.: Der Kaiser war vollständig von dem unterrichtet, was Graf Bernstorff mir gemeldet hatte, und da Bernstorff selbst Vorwürfe über unser weiteres Verhalten gegenüber Amerika nicht zu machen hatte, lag keine Veranlassung vor, auf sofortigen Empfang zu dringen.

Es folgt die Erörterung der Frage des rücksichtslosen U-Boorkrieges und der Gründe, welche für die Reichsleitung dafür ausschlaggebend waren. Bethmann-Hollweg führt hierzu aus: Zu Anfang 1917 lag die Ueberzeugung der militärischen Stellen vor, daß ohne den rücksichtslosen U-Boorkrieg der Krieg nicht zu einem guten Ende geführt werden könnte. Für mich lag die Ueberzeugung vor, nicht in Aussicht stellen zu können, daß ich den Krieg in anderer Weise beenden werde. Da mußte — erklärte Bethmann mit erhabener Stimme — eine Entscheidung gefällt werden. Ich bin noch heute der Ansicht, daß ich recht handelte, wenn ich dem Kaiser nicht raten zu können glaubte, sich in Widerspruch mit dem Votum seiner militärischen Ratgeber zu setzen. Ein Geben meiner Person würde daran nichts geändert haben.

Auf den Hinweis von Minister David, daß, wenn der U-Boorkrieg nicht verhindert werden konnte, er wenigstens hätte hinausgezogen werden müssen, betonte Bethmann-Hollweg, daß eine Zwangslage nicht nur für ihn, sondern auch für die Oberste Seeresleitung bestand, die der Auffassung war, daß eine siegreiche Beendigung des Krieges zu Lande ohne Hinzunahme des rücksichtslosen U-Boorkrieges unmöglich war. Auch sie stand vor einer schweren Entscheidung.

Abg. Seine fragt, was geschehen sei, um das äußerste Zwangsmittel so tauglich wie möglich zu machen.

Bethmann-Hollweg: Die Chancen des U-Boorkrieges waren anfangs 1917 natürlich viel höher als Mitte 1918. Die Zahl

der Boote war beträchtlich gestiegen. Die Mitteilungen in der Dezembernote an Wilson von der technischen Unmöglichkeit, die einmal ausgefahrenen U-Boote zurückzurufen, stammten von Admiral v. Holtendorff im Großen Hauptquartier.

Der Schluß der Untersuchung war nicht öffentlich, da Angelegenheiten einer neutralen Macht zur Verhandlung standen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr.

Die neue Erpressung.

In Besprechung der neuen Erpressungsnote weisen Berliner Blätter darauf hin, daß festgestellt werden muß, daß die angeblich unerfüllten Waffenstillstandsbedingungen wirklich nicht erfüllt wurden und aus welchen Gründen die Erfüllung bisher unterblieb. Gegenüber der Entente wird weiter darauf hingewiesen, daß der Ententekommission 10 000 Lokomotiven und 270 000 Waggons vorgeführt wurden, aus denen sie die geforderten 5000 Lokomotiven und 150 000 Waggons hätte auswählen können. Ferner würden von Frankreich noch 120 000 deutsche Waggons im Elah zurückbehalten, auf die Deutschland Anspruch habe. Diese Tatsachen sollten zunächst einmal erörtert werden. Auch die neuen Schiffsforderungen der Entente haben den Zweck, jedes wirtschaftliche Wiederaufleben Deutschlands zu verhindern und stehen im trassen Widerspruch zu allen Versicherungen, daß man die deutsche Wirtschaftskraft nicht vernichten wolle.

Der „Vofalanzzeiger“ kennzeichnet die Note als brutale Neuaufgabe der Friedensbedingungen. Das Wort eines führenden englischen Staatsmannes, man wolle sich mit Deutschland veröhnen, werde durch die Note Lügen gestraft.

Die „Tägliche Rundschau“ nennt die Note eine Fortsetzung der Schraube ohne Ende, die mit der Ueberreichung der Waffenstillstandsbedingungen angelegt wurde. Der Druck und die Erpressungen sollen nicht enden, bis wir als Sklaven am Boden liegen. Mit rücksichtslosem Erpresserium sind die Bedingungen auch dieser Note ausgewählt worden, daß Deutschland nicht in der Lage ist, sie zu erfüllen. Damit wird der Boden für eine spätere Erpressung bereitet und so fort bis ins Unendliche.

Zur Frage des Berliner Generalstreiks

teilt heute der „Vorwärts“ mit, daß der zweite Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Ruzsch, am 1. d. M. bei den Verhandlungen der Parteileitungen, Vollzugsräte und Gewerkschaftsausschuss mit der Streikleitung wirklich erklärte: „Einen Generalstreik können wir jetzt nicht zustande bringen, die Deffenlichkeit würde jetzt einen Generalstreik nicht mehr verstehen.“ Des weiteren hat Richard Müller u. a. erklärt: „Es ist eine Demagogie, wenn man jetzt schon für den Generalstreik eintritt, jetzt, wo die Arbeitererschaft völlig abgestumpft ist.“

Daß der Stand der Dinge für die Streikenden ungünstig ist, ist also von den zunächst beteiligten Führern selbst öffentlich bezogen worden. Dennoch weitere 40 000 Metallarbeiter erwerbslos zu machen und weitere Hunderttausend von Arbeitern in den Streit hineinzuziehen zu wollen, das ist der Gipfel der Gewissenlosigkeit und Unverantwortlichkeit.

Die Arbeitgeber sind fest entschlossen, auch der neuen Drohung nicht zu weichen, die sie für die Forderung gefügig machen soll, daß Entlassungen infolge von Streiks überhaupt nicht mehr vorgenommen werden dürfen. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß nach einem Streit von mehrwöchiger Dauer die Arbeit nicht sofort in vollem Umfange wieder aufgenommen werden kann. Unmöglich können die im Streit befindlichen Arbeiter sofort vollständig wieder eingestellt werden. Wenn diese Forderung zugestanden würde, so würde jeder Tag neue Streiks bringen können, denn mit dem Eintritt in den Streit wäre für den Arbeiter nicht das geringste Risiko

verbunden, und die Verluste, die der Streik im Gefolge hat, hätte allein der Unternehmer zu tragen. Vor allem aus diesem Grunde ist es Pflicht und Schuldigkeit der politischen Parteien, der Zumutung, daß sie zur weiteren Ausdehnung der Streikbewegung die Hand bieten sollen, ein unbedingtes Nein entgegenzusetzen.

Der Schutz lebenswichtiger Betriebe.

Auf Befehl des Oberbefehlshabers Roste wurde der Erlaß zum Schutze lebenswichtiger Betriebe vom 17. Oktober für Groß-Berlin wieder in Kraft gesetzt. Zuwiderhandelnde setzen sich einer Bestrafung bis zu einem Jahr Gefängnis und sofortiger Verhaftung aus.

Die geringe Streikluft.

Der „B. Z.“ zufolge stimmen alle Berichte dahin überein, daß die Generalstreikpatrole des roten Vollzugsrats nur geringe Gefolgschaft findet. Die Sozialdemokratie ist gegen den Generalstreik. Auch die Gewerkschaftsausschüsse haben es abgelehnt, dem Generalstreik zuzustimmen. Die Zahl der Arbeitswilligen in den großen Establishments der Metallindustrie nimmt zu. In den Siemens-Werken arbeiten heute 6700 Mann. Auch die Angestelltenverbände haben es abgelehnt, sich am Streit zu beteiligen, und die Angestellten der Metallindustrie aufgefordert, unbedingt in den Betrieben zu verbleiben.

Der politische Generalstreik wird im Reime erstickt

Wie wir hören, sind seitens der Regierung besondere Maßnahmen beabsichtigt, um jeder Versuch eines politischen Generalstreiks im Reime zu ersticken.

Die Streiklage in Chemnitz

war Gegenstand einer eingehenden Besprechung der Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes, die am Mittwoch abend im Bolshause stattfand. Es wurde beschlossen, die endgültigen Entscheidungen den Arbeitern selbst zu überlassen, die in Mitgliederversammlungen über den Stand der Dinge unterrichtet werden und dann in geheimen Abstimmungen in den Betrieben entscheiden sollen, was zu erfolgen hat. Die Vertrauensleute glauben, einen definitiven Beschluß nicht fassen zu können, da es sich um einen Gegenstand von weittragender Bedeutung handelt, über den die Mitglieder selbst entscheiden sollen. Es werden demgemäß in Kürze Betriebsversammlungen stattfinden.

Erbauliches von den Kriegsgeheimnissen.

Die der Nationalversammlung zugewandene, 59 Seiten starke „Nachweisung“ der bei den Kriegsgeheimnissen auf Privatdienstwegen Angestellten mit einem Jahresgehalt von mehr als 12 000 Mar. zeigt in eindrucksvoller Weise, welche Riesengelder allein an Gehältern durch die Kriegsgeheimnisse verschlungen worden sind. Wir greifen heraus:

Reichsgetreidestelle: Dr. Loefer, Geschäftsführer, 31 Jahre, Regierungsassessor, Jahresgehalt einjchl. Feuerungszulagen 30 000 Mk. Dr. Moritz Bendroch, Geschäftsführer des Schiedsgerichts, Jurist, 14 280 Mk. Richard Frank, Profurist, 32 Jahre, Kaufmann, 12 720 Mk. Dr. Karl Frank, Profurist, 45 Jahre, Akademiker und Kaufmann, 13 080 Mk. Emil Oppenheimer, Profurist, 32 Jahre, Kaufmann, 13 920 Mk.

Reichsartoffelstelle: Aquilin Kaiser, 47 Jahre, Jurist, 14 080 Mk.

Reichsfluchtverforgung: Georg Nathan, Vorstandsmitglied, 49 Jahre, Direktor der General Mining and Finance Corporation, 24 000 Mk.

Dargemisse: Regensburger, Geschäftsführer, 28 Jahre, gymnasiale und kaufmännische Vorbildung, 18 720 Mk. Dr. Manasse, Profurist, 37 Jahre, Rechtsanwalt, 13 520 Mk.

Loebensberg, Profurist, 44 Jahre, Kaufmann, 15 120 Mk.

Genesener: Dr. Erich Salomon, stellvertretender Geschäftsführer, 41 Jahre, Befähigung zum Richteramt, 16 368 Mk.

J. E. G.: Israel, Leiter der Rechtsabteilung, 33 Jahre, akademische Vorbildung, 18 720 Mk.

Nejelandengesellschaft: Dr. Kahn, Geschäftsführer, 32 Jahre, Rechtsanwalt, 31 388 Mk.

Mineralüberforgung: Dr. Fritz Frank, Leiter des wissenschaftlichen Beirats, 50 Jahre, 24 000 Mk.

Reichs-Teril-N-G.: Alfred Arntbal, Generaldirektor, 57 Jahre, Gymnasialbildung, 24 000 Mk. Siegmund Kaiser, Profurist, 52 Jahre, Gymnasium D. 2 16 080 Mk.

Tele und Fette: Siegmund Cohn, Direktor, 42 Jahre, kaufmännisch-technische Vorbildung im Saatenhandel, 27 232 Mk. Rechtsanwalt Siegfried Croner, Profurist, 52 Jahre, akademische Vorbildung, Staatsexamina, 16 368 Mk. Oscar Frankenstein, Profurist, 67 Jahre, kaufmännische Ausbildung, 16 656 Mk.

Wollindustrie: Wilhelm Behr, Geschäftsführer, 31 Jahre, 15 720 Mk. Herbert Eweidel, stellv. Geschäftsführer, 16 368 Mk.

Cementfabriken: Ernst Berliner, Direktor, 41 Jahre, 25 080 Mk. Dr. Georg Stadthagen, Direktor, 35 Jahre, Rechtsanwalt, 24 720 Mk.

Tabakvertriebs-Gesellschaft: Abramowitz, Tabakvertriebs-Gesellschaft, 46 Jahre, 23 368 Mk. Weinreich, Einfäufer, 56 Jahre, 23 944 Mk. Wolf, Geschäftsführer, 47 Jahre, 22 232 Mk.

Reichswoll-N-G.: Dr. phil. Jacob Zuber, Liquidator der Einfuhrstelle Brüssel, 36 Jahre, Gymnasium, Universität, 15 720 Mk.

An erster Stelle fällt auf, daß fast alle diese Leute sich im wehrfähigen Alter befinden, also unter die sog. Trücker gehören, die gut bezahlten Posten den Strapazen des Schützengrabens vorzogen. Des Weiteren sind diese Leute ausnahmslos Israeliten, wodurch der während des Krieges verbreitete Glaube, daß unsere jüdischen Militärs ganz besonders gut verstanden, sich vom Kriegsdienst zu drücken, erneut Nahrung erhält.

Zusammenbruch der amerikanischen Streikpläne?

Aus Amerika liegen bisher keinen neuen Meldungen vor. Der Beschluß der Arbeiterführer in Pennsylvania zugunsten eines allgemeinen Streiks findet bei den anderen Gewerkschaften keine Unterstützung. Selbst der Führer der streikenden Metallarbeiter erklärte sich gegen einen allgemeinen Ausstand. Er sagte, es sei unmöglich, ihn durchzuführen, und die Arbeiterorganisationen würden sich niemals dazu bereit finden lassen. Der Korrespondent der „Morning Post“ in Washington machte darauf aufmerksam, daß die energische und bestimmte Haltung, mit der die amerikanische Regierung ihre Maßnahmen getroffen habe, einen großen Eindruck machten und bereits das Schicksal des Ausstandes des zukünftigen der Union entschied. Die Truppen der Union seien mit Ausbruch des Streiks vollständig ausgerüstet losmarschiert und hätten innerhalb weniger Stunden alle wichtigen Punkte besetzt, und so hätten die militärischen Befehlshaber sofort den bolschewistischen Elementen alle Gelegenheit genommen, das zu erreichen, was sie wünschten. Das sei ein Beispiel für Europa. Die „New Yorker Times“ weis zu melden, daß die Kohlenvorräte, die den Eisenbahnen zur Verfügung stehen, nicht so gering sind, wie man angenommen habe. In den meisten Distrikten ist vorläufig noch kein Grund zu Besorgnissen bezüglich eines Kohlenmangels vorhanden. Generaldirektor Hines erklärte die Nachricht, daß er beschließen habe, den Personen- und Güterverkehr einzuschränken, als nicht zutreffend. Das Blatt fügt hinzu: beide Seiten scheinen vorläufig noch abzuwarten, ehe die Dinge sich abwideln, ehe sie sich zu neuen Schritten entschließen. Weiter meldet aus Wash-